



Der Informationsdienst der **DPoIG** Baden-Württemberg

Nr. 11

24. Mai 2013

Sofern unsere Beiträge mit einer Quellenangabe versehen sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der DPoIG und der ID-Redaktion wieder.

Eigene Bewertungen und Anmerkungen sind als solche gekennzeichnet.

Der DPoIG-ID erscheint etwa alle ein bis zwei Wochen. Nachdruck honorarfrei. Quellenangabe erbeten.

Inhalt

- 01 Grün-Rot will Protest der Beamten ausbremsen- Es bleibt bei der BBW-Protestveranstaltung am 29. Juni in Stuttgart**
- 02 Landtagspräsident gegen Nulldiät**
- 03 Land will 5000 Stellen abbauen**
- 04 Polizeireform:
Nun glauben es auch die Grünen**
- 05 Bürgerversicherung: Ärzte warnen vor Belastung für mittlere Einkommen durch SPD-Modell**
- 06 DPoIG-Kurzmeldungen**

**01 Grün-Rot will Protest der Beamten ausbremsen
Es bleibt bei der BBW-Protestveranstaltung am 29. Juni in Stuttgart**

Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 21.05.2013



Die Regierungskoalition hat beim Landtagspräsidenten beantragt, das Spargesetz im Landtag früher als geplant zu beschließen.

Das Klima zwischen Grün-Rot und den Beamten ist schlecht, jetzt könnte es noch schlechter werden. Die Landesregierung will den Beschluss zu den Sparplänen vorziehen.

Die Ankündigung des Beamtenbundes, am 29. Juni in Stuttgart mit einer Großkundgebung gegen die Finanzpolitik von Grün-Rot zu protestieren, könnte hinfällig sein. Nach Informationen unserer Zeitung will die Koalition von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) mit einem parlamentarischen Trick dafür sorgen, dass bis zu diesem Termin die Sparvorhaben bereits im Landtag beschlossen sind.

Anmerkungen der ID-Redaktion:



Die Mitglieder des Beamtenbundes und seiner Fachgewerkschaften lassen sich durch solch miese Tricks der grün-roten Landesregierung ganz sicherlich nicht ausbremsen. Selbst wenn sich Grün-Rot bei der Terminplanung zur Gesetzesbehandlung im Landtag gegen die Oppositionsparteien durchsetzen könnte und einen Mehrheitsbeschluss zur Nullrunde und zur Besoldungsverschiebung vor der geplanten Großkundgebung des BBW herbeiführt, wird dies die Beamtinnen und Beamten nicht abhalten, gegen die einseitige Sparpolitik der Landesregierung massiv zu protestieren. Mehr noch: Der Protest muss und wird dann noch viel heftiger ausfallen. Erst recht, nachdem diese Landesregierung angekündigt hat, weitere 5.000 Personalstellen streichen zu wollen. So langsam lässt Grün-Rot die Katze aus dem Sack. Und bei 5.000 Stellenstreichungen wird auch die Polizei nicht unverschont bleiben.

**Der 29. Juni 2013
ist ein Pflichttermin!!!**

Grün-Rot hat angekündigt, dass der Tarifabschluss von 2,6 Prozent (2013) und 2,9 Prozent (2014) aus dem öffentlichen Dienst erst zeitversetzt auf die 240 000 Beamten übertragen wird. Als Folge müssen Beamte zwischen einem halben und einem ganzen Jahr auf ihre Gehaltserhöhung warten. Die Landesregierung will auf diesem Weg sparen. Beamtenbund-Landeschef Volker Stich hatte den Vorgang als 'weiteres Sonderopfer' kritisiert und massive Proteste gegen Grün-Rot im Vorfeld der Bundestagswahl angekündigt.

Genau dem will die Koalition nun offenbar zuvorkommen. Nach Recherchen unserer Zeitung haben Grüne und SPD den Landtagspräsidenten Guido Wolf (CDU) schriftlich aufgefordert, den Zeitplan für die Landtagsberatung des sogenannten Besoldungsgesetzes zu verändern - um drei Wochen. Offizielle Begründung: Man wolle den Beamten 'eine frühestmögliche Planungssicherheit' geben, heißt es in dem Brief der Fraktionschefs Edith Sitzmann (Grüne) und Claus Schmiedel (SPD) an den Landtag. Demnach soll das Gesetz, in dem die Sparpläne festgelegt sind, nicht wie geplant am 10. Juli, sondern bereits am 20. Juni im Landtag beschlossen werden. Um das zu erreichen, ist eine Sondersitzung des Finanzausschusses am 19. Juni nötig.

Ein Sprecher des Landtags bestätigte das Schreiben. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke erteilte dem Plan von Grün-Rot sofort eine Absage: 'Da machen wir nicht mit.' Auch der Beamtenbund vermutet eine Trickserie. 'Was Grün-Rot macht, ist ein perfider politischer Stil, der einer Landesregierung unwürdig ist', sagte Stich.

Der Trick

Grün-Rot will bei den Sparplänen für die Beamten Fakten schaffen

Ein Kommentar von Frank Krause

Wenn Ministerpräsident Winfried Kretschmann an diesem Samstag zur Dienstreise nach Asien aufbricht, kann er die Tiefen der Landespolitik - also die ganzen Debatten um Nationalpark, Schulreformen und Alkoholverbot - für zehn Tage hinter sich lassen. Daheim aber dürfte auch in den Pfingstferien die Diskussion um den Regierungsstil von Grün-Rot weitergehen. Denn der Vorstoß der beiden Fraktionschefs Edith Sitzmann und Claus Schmiedel, wonach man die Sparpläne bei den Beamten schneller als geplant im Landtag beschließen will, wirft die Frage auf, ob es der Koalition am nötigen Fingerspitzengefühl fehlt.

Dass bei den Personalkosten angesichts eines Schuldenbergs von über 40 Milliarden Euro gespart werden muss, war und ist unbestritten. Allein, Grün-Rot hätte seit der Regierungsübernahme vor zwei Jahren mehrmals mit gutem Beispiel vorangehen können, statt neue Stellen zu schaffen. Wenn die Koalition nun darauf drängt, dass der Landtag die Sparbeschlüsse für die Staatsdiener nicht am 10. Juli, sondern bereits am 20. Juni beschließt, bedarf es schon einer gehörigen Portion Naivität, darin guten Willen zu erkennen. Die Begründung für den Vorstoß, man wolle den Beamten 'frühestmögliche Planungssicherheit' geben, wirkt angesichts eines dreiwöchigen Unterschieds jedenfalls bizarr.

In Wahrheit geht es Grün-Rot mit dem Trick vielmehr darum, Fakten zu schaffen und die Pläne des Beamtenbunds für die landesweite Protestkundgebung am 29. Juni zu durchkreuzen. Der Vorstoß der Koalition mag strategisch clever sein, politisch aber ist er unklug. Denn die Vorgehensweise nährt den Verdacht, dass sich Grün-Rot nur

ungern der Kritik stellt und sich schwertut, auf die Argumente der Betroffenen einzugehen.

02 Landtagspräsident gegen Nulldiät

Quelle: Stuttgarter Nachrichten vom 11.05.2013

Landtagspräsident Guido Wolf (CDU) hat die von den Grünen vorgeschlagene Koppelung der Abgeordnetendiäten an die Beamtenbezüge abgelehnt. Am Freitag verteidigte der CDU-Politiker die automatische Diätenanpassung jeweils zum 1. Juli. 'Der Vorteil, sich an objektiven Indikatoren zu orientieren, ist im Vergleich zu jährlichen Verhandlungen nicht hoch genug einzuschätzen', sagte Wolf. Der jetzige Mechanismus orientiere sich an dem Verlauf der Einkommen der Bürger in Wirtschaft und öffentlichem Dienst - im Guten wie im Schlechten.

Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann hatte vorgeschlagen, die zeitliche Verschiebung für die Beamtenbesoldung auf die Diäten der Abgeordneten zu übertragen: 'Das wäre ein Zeichen der Solidarität mit den Beamten.' Das an die allgemeine Kostenentwicklung gekoppelte Bemessungsverfahren wurde 2005 eingeführt.

Anmerkungen der ID-Redaktion

Ein Zeichen der Solidarität mit den Beamten wäre, die Systematik der Beamtenbesoldung an die der Diätenerhöhungen anzupassen. Wenn die grün-rote Landesregierung den Beamten die Teilhabe an der wirtschaftlichen Fortentwicklung dadurch verweigert, dass sie die Koppelung an die Tarifergebnisse erneut und so grundlegend in Frage stellt, würde es doch durchaus Sinn machen, sich bei der Beamtenbesoldung eben auch an den „objektiven Indikatoren“ der Einkommensentwicklung in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst zu orientieren und nicht immer nur an der Haushaltssituation. Eine andere Alternative wäre es, die Diätenerhöhungen ausschließlich an den Besoldungsanpassungen zu orientieren. Von Solidarität kann man nur sprechen, wenn eine echte und dauerhafte Gleichbehandlung in den Blick genommen wird.

03 Land will 5000 Stellen abbauen

Quelle: Stuttgarter Zeitung vom 23.05.2013

An einem weiteren Personalabbau führt nach Ansicht der grün-roten Landesregierung kaum ein Weg vorbei. Insgesamt 5000 Stellen stehen nach Informationen aus Regierungskreisen in der Landesverwaltung zur Disposition - zusätzlich zu den 11 600 Lehrerstellen, die im Kultusbereich als sogenannte demografische Rendite dem Schülerrückgang geschuldet sind.

Wie die Wissenschaftsministerin wird auch Innenminister Reinhold Gall (SPD) über kurz oder lang unter Spardruck geraten. Vorläufig ist Gall aber noch mit der Polizeireform beschäftigt und kann geltend machen, dass zunächst deren Wirkungen abzuwarten seien.

Im Stuttgarter Finanzministerium wird in diesen Tagen wild gerechnet. Bis spätestens Ende Juni muss die Landesregierung dem Parlament den neuen Finanzplan 2020 zuleiten. Darin legt Grün-Rot dem Landtag Rechenschaft ab, wie die im Jahr 2020 wirksam werdende grundgesetzliche Verpflichtung zur Nettonullverschuldung einge-

halten werden soll. Die Aufgabe ist ambitioniert, schließlich gilt es, im Landesetat eine strukturelle Deckungslücke von 2,5 Milliarden Euro zu schließen. 860 Millionen Euro hat die Regierung für das Jahr 2020 bis jetzt beisammen. Da bleibt noch Luft nach oben.

Die grün-rote Koalition steht vor einem klassischen Zielkonflikt. Ein hoher Beamter sagt: 'Entweder wir treten die Koalitionsvereinbarung in die Tonne - oder wir sanieren den Haushalt.' Das Thema berge ein großes Streitpotenzial innerhalb der Koalition. Nun rächt sich, dass die grün-rote Landesregierung nach dem Machtwechsel das Sparen eher lax angegangen ist. In den Ministerien wurden neue Stellen geschaffen, die angepeilten Einsparungen bei den Beamten fielen - gemessen an den Nöten des Haushalts - allzu moderat aus. Zuletzt wurden auf Drängen der beiden Regierungsfractionen die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst der Länder auf die Staatsdiener voll übernommen, wenn auch mit einer zeitlichen Verzögerung. Damit brachte die Koalition die Beamten gegen sich auf, ohne auf längere Sicht hin irgendetwas zu gewinnen.

Klar ist, dass die Einsparungen auch auf die Förderprogramme der Ministerien durchschlagen werden. In welcher Höhe, ist noch unklar. Wo konkret gekürzt wird, bleibt den Ressorts überlassen. Gegenwärtig grübelt die Regierung noch über der Frage, ob die Einsparungen im Finanzplan ressortscharf dargestellt werden oder nur in der jährlichen Gesamthöhe.

Finanzminister Nils Schmid (SPD) steht vor der Herausforderung, seinen Etat in Richtung Nullverschuldung zu trimmen, ohne der Koalition jeglichen politischen Gestaltungsspielraum zu nehmen. Einig ist er sich mit dem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, dass der Etat bei einem Personalkostenanteil von mehr als 40 Prozent ohne Einschnitte in diesem Bereich nicht saniert werden kann. Schmid sagt, er habe stets darauf hingewiesen, 'dass alles, was wir pro Kopf nicht einsparen können, über den Abbau von Stellen hereingeholt werden muss.' Dieser Mechanismus werde eingehalten. Nach den Berechnungen des Finanzministeriums erfordert dies einen Personalabbau in der Landesverwaltung im Umfang von etwa 5000 Stellen.

Bei Kultusminister Andreas Stoch (SPD) kann Schmid diese Stellen nicht mehr abholen, ist doch die Unruhe an den Schulen schon groß genug, obgleich der Schülerrückgang Einsparungen beim Lehrpersonal rechtfertigt. Der Finanzminister wird sich also im übrigen Personalkörper des Landes umsehen müssen. So läuft demnächst der Hochschulpakt aus, der die vergangenen Jahre wissenschaftliche Pflanzstätten von Einsparungen abschirmte. Es fällt auf, mit welcher Vehemenz die Grünen das von ihrer Parteifreundin Theresia Bauer geführte Ministerium schon jetzt von möglichen Begehrlichkeiten des Finanzministeriums abzuschirmen versuchen. An den Hochschulen, so lautet das Argument, zeichne sich auf absehbare Zeit noch keine Entspannung beim Andrang der Studenten ab. Doch werden die Grünen den unpopulären Stellenabbau auf Dauer nicht allein dem SPD-geführten Kultusministerium überlassen können.

Nach den Berechnungen im Finanzministerium erbrächte das Streichen von 5000 Stellen einen Gesamteinsparbetrag von 236 Millionen Euro. 77 Millionen sind in der bisherigen Finanzplanung bereits enthalten, die Regierung gewänne also zusätzlich 159 Millionen Euro. Weitere Einsparungen erhofft sich der Finanzminister aus der Zentralisierung der Informations- und Kommunikationstechnik der Landesregierung, die in einem Landesbetrieb zusammengefasst werden soll. Dies geht auf eine alte

Forderung des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2009 zurück. In ihrer Studie kamen sie auf ein jährliches Einsparpotenzial von 40 Millionen Euro. 'Einige Ministerien leisten nachhaltig Widerstand, und auch das Finanzministerium steht nicht mehr zu allen Teilen seines Vorschlags', klagten die Rechnungsprüfer schon damals - und mussten sich auch weiterhin über den bürokratischen Eigensinn der Ressorts ärgern. Dies soll nun anders werden, verspricht Nils Schmid. Die Konzentration der Informationstechnik sei von zentraler Bedeutung für die Umsetzung der politischen Schwerpunkte der Regierung, sagt er. 'Wenn dieses Einsparpotenzial nicht gehoben wird, dann geht das zu Lasten der fachpolitischen Ambitionen.'

04 Polizeireform: Nun glauben es auch die Grünen

Quelle: StN vom 11. und 14.05.2013

Grüne stoppen Gall bei Polizeireform

11. Mai 2013

Fraktion hat noch Fragen – Gespräch mit Minister am Montag

14. Mai 2013

Grüne winken Polizeireform durch

Nach einem klärenden Gespräch mit Innenminister Gall kann der Gesetzentwurf in den Landtag

Wegen „noch offener Fragen“ hatte die Grünen-Fraktion die Reformvorbereitungen kurzzeitig angehalten. Der entsprechende Kabinettsbeschluss musste deshalb um eine Woche verschoben werden. Nach einem klärenden Gespräch mit Innenminister Gall kann der Gesetzentwurf in den Landtag nunmehr aber eingebracht werden.

Lt. Stuttgarter Nachrichten „glauben es nun auch die Grünen“: Die Polizeireform wird das Land rund 123 Millionen Euro kosten, verteilt auf die nächsten 15 Jahre. Bedenken, das Ganze könnte erheblich teurer werden, konnte Innenminister Reinhold Gall (SPD) in einem Gespräch mit Grünen-Fraktionsvize Uli Sckerl offenbar zerstreuen. 'Wir haben jetzt deutlich mehr Klarheit, insbesondere über die reformbedingten Kosten', teilte Sckerl in einer Erklärung nach dem Gespräch mit. Der Betrag von 123 Millionen Euro habe sich bei einer Überprüfung erhärtet. 'Wir können die Reform damit endgültig aufs Gleis setzen.'

Die Grünen erwarten lt. Zeitungsmeldungen von Innenminister Gall insbesondere die Vorlage eines Bau- und Sanierungsplans für die Polizeigebäude. Um weite Fahrtwege für teilzeitbeschäftigte Tarifangestellte zu vermeiden, sollten aus Sicht der Grünen unbedingt Heimarbeitsplätze eingerichtet werden. Überdies soll zudem ein Ombudsmann als Anlaufstelle für Beschwerden dienen. Die Konzeption dafür werde dieses Jahr erarbeitet, so Sckerl.

Anmerkungen der ID-Redaktion:

Jetzt glauben es also auch die Grünen! Äh,.....was eigentlich? Und woran haben die Grünen eigentlich die letzten eineinhalb Jahre geglaubt? Ganz offensichtlich knirscht es nicht nur bei diesem Thema im Koalitionsgetriebe und ganz offensichtlich wollen die Grünen immer wieder einmal zeigen, wer in dieser Landesregierung das Sagen hat.

Die DPoIG wird Herrn Sckerl und die Grünen gerne beim Wort nehmen, wenn es demnächst zwischen Hauptpersonalrat und Innenministerium um die Verhandlungen über eine Dienstvereinbarung „Telearbeit“ gehen wird. Und wir sind auch gespannt auf die Konzeption für die Schaffung eines Ombudsmannes als Anlaufstelle für Beschwerden, soweit sich diese Absichtserklärung überhaupt auf die Polizeireform bezieht. Das müsste dann jedoch bald passieren, haben die Projektverantwortlichen lt. REFORMINFO Nr. 19 doch vereinbart, dass für eine(n) in Vollzeit beschäftigte(n) Beamtin bzw. Beamten in Besoldungsgruppe A 9 (oder Tarifbeschäftigte in entsprechender Entgeltgruppe) o h n e besondere soziale Gründe eine einfache Fahrtzeit von 60 Minuten als grundsätzlich zumutbar angenommen werden kann. Im Übrigen sei die wunschgemäße Verwendung zwar der Idealfall, aber nicht die Voraussetzung für eine sozialverträgliche Verwendung. Wenn die Versetzungsentscheidungen getroffen sind, brauchen wir einen solchen Ombudsmann ganz sicherlich nicht mehr.

05 Bürgerversicherung: Ärzte warnen vor Belastung für mittlere Einkommen durch SPD-Modell

Quelle: StN 14.05.2013

Die SPD gerät wegen ihres Modells einer Bürgerversicherung in die Defensive. Das Konzept sieht im Kern die Zusammenführung von Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung vor. Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung spricht davon, dass das SPD-Konzept mittlere und höhere Einkommen spürbar belastet.

...Die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm festgelegt, die beiden Systeme zusammenzuführen, wobei die privat Versicherten ein Jahr Zeit haben sollen, über einen dann verbindlichen Wechsel in die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) zu entscheiden. Für die Behandlung beider Patientengruppen sollen die Ärzte dasselbe Honorar bekommen. Die Studie, die vom Bundesverband der Verbraucherzentralen mitbeauftragt wurde, kommt zum Ergebnis, dass sich durch das Konzept für Arbeitnehmer 'bereits in mittleren Einkommensbereichen eine spürbare Erhöhung der Gesamtbelastung' ergebe. Grund sei die verstärkte Steuerfinanzierung. Für Gutverdiener würde die Belastung durch Steuern und Abgaben um bis zu fünf Prozent steigen und 'die Schwelle von 40 Prozent des Brutto-Einkommens überschreiten'. In einem Szenario, bei dem ein Drittel der Gesundheitsausgaben durch Steuern finanziert würde, müsste ein Haushalt mit 36 000 Euro Jahres-Nettoeinkommen eine Mehrbelastung von 900 Euro pro Jahr verkraften. Entlastet würden Haushalte, die unter 24 000 Euro liegen. ...

Eine Untersuchung der Universität Duisburg-Essen hatte errechnet, dass ein Umstieg zur Bürgerversicherung für die Ärzte durch Absenkung der Honorare auf das GKV-Niveau je nach Modell Einkommensausfälle von bis zu sechs Milliarden Euro bedeute. Beim einmaligen Wechselrecht der PKV-Versicherten, wie von der SPD favorisiert, entstünde im Einführungsjahr kein Verlust, doch baute sich bis 2030 ein Minus von 1,5 Milliarden Euro auf. Politisch zu klären ist, ob die Verluste kompensiert werden.

Wegen des vergleichsweise hohen Anteils privat Versicherter (19,1 Prozent) ist der Südwesten besonders betroffen. Kai Sonntag, Sprecher der KV Baden-Württemberg, fürchtet, dass es beim Verteilen möglicher Kompensationsmittel zur 'Umverteilung

zwischen den Bundesländern kommen kann', die den Südwesten 'bis zu 100 Millionen Euro' kosten. Sonntag: 'Das wäre zusätzlich zum Länderfinanzausgleich wieder ein Sonderopfer für den Südwesten.'

06 DPoIG-Kurzmeldungen

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

<http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten.html>



Jörg Krauss zieht die Polizeiuniform aus Chef der Polizeidirektion Tübingen wechselt nach eineinhalb Jahren ins Staatsministerium nach Stuttgart

Es war ein kurzes Intermezzo: Gerade mal gute eineinhalb Jahre war Jörg Krauss Leiter der Tübinger Polizeidirektion (PD). Der 55-Jährige wechselt im Juni ins Staatsministerium. Die PD, die im Januar abgewickelt werden soll, übernimmt sein bisheriger Vize Horst Knöpfler.

Kehraus bei der Tübinger Polizei

Über die reformbedingte Unruhe bei den Mitarbeitern der Tübinger Polizei, den möglichen Verlust des „Tübinger Polizei-Geist“ und den gesamten Kehraus bei der Tübinger Polizei lässt sich dabei der Kommentator Matthias Stelzer lesenswert aus.

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.streit-um-ministeriumsbau-ministeriumsbau-wird-20-millionen-teurer.c0c7f429-d84d-4208-a468-60ce0abcbb0b.html>



Streit um Ministeriumsbau Ministeriumsbau wird 20 Millionen teurer

Bei einem weiteren großen Bauvorhaben des Landes hat es massive, bisher nicht bekannte Probleme gegeben. Der im April eingeweihte Neubau für das Innenministerium in Stuttgart ist nach Informationen der StZ mindestens 20 Millionen Euro teurer geworden als die offiziell angegebenen 65 Millionen Euro. Entsprechende Nachforderungen erhebt der beauftragte Generalunternehmer, der Baukonzern BAM, derzeit gegen das Land Baden-Württemberg. Das zuständige Finanz- und Wirtschaftsministerium von Nils Schmid (SPD) weist die Forderung als „unbegründet“ zurück. Kommt es zu keiner Einigung, droht ein langer Rechtsstreit....

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Mannheimer Morgen, Freitag, 24.05.2013

Mannheim: Mehr Gewalt gegen Polizisten

Immer öfter werden Polizisten angegriffen und verletzt. Das geht aus einer Statistik hervor, die das Polizeipräsidium gestern veröffentlichte. Dessen Sprecher Martin Boll meldete eine "erhebliche Steigerung an Widerstandshandlungen". Waren es in den drei Jahren 2009, 2010 und 2011 jeweils 73 Fälle, so gab es im vergangenen Jahr 104 Fälle. Dabei wurden 73 Beamte verletzt - 13 sogar so stark, dass sie vorübergehend dienstunfähig waren.

Dabei sind die großen Ausschreitungen nach einem Kurden-Festival im September gar nicht eingerechnet - da hatten allein 81 Polizisten Verletzungen erlitten, weil sie mit Steinen, Stangen und Flaschen beworfen wurden. "Das fällt unter Körperverlet-

zung", erläuterte Boll. Seine Statistik erfasse nur plötzliche Angriffe dann, wenn seine Kollegen irgendwo einschreiten sollen - oder gar lediglich im Revier sitzen. ...

[...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...DPoIG-Kurzmeldungen...](#)

Quelle: Stuttgarter Nachrichten/lsw

Schmiedel nennt Lehrerverbände 'Heulsusen'

Angesichts sinkender Umfragewerte seiner Partei hat SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel Lehrerverbände für ihren Umgang mit der grün-roten Bildungspolitik attackiert. Die Bürger nähmen in der Schulpolitik ein hohes Maß an Unsicherheit wahr. 'Diese Unsicherheit wird bewusst geschürt insbesondere von den Lehrerverbänden im Beamtenbund', sagte Schmiedel am Mittwoch in Stuttgart. 'Die führen sich teilweise auf wie Heulsusen, und sie scheuen auch nicht davor zurück, bewusst die Eltern und die Lehrerschaft zu verunsichern.' Das Kultusministerium führt der SPD-Politiker Andreas Stoch. Wenig später am Mittwoch bekräftigte Schmiedel, einzelne Verbände hätten verhärtete Positionen. 'Die versteifen sich auf eine Abwehrhaltung.' In der Zusammenarbeit mit ihnen komme wenig Produktives zustande, monierte Schmiedel mit Blick auf die laufenden Bildungsprojekte. Der Verband Erziehung und Bildung verreiße die Gemeinschaftsschule generell. ...

Der grüne Koalitionspartner wies Schmiedel für diese Anfeindung in die Schranken. Die Lehrerverbände setzten sich gegen die Schelte von SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel deutlich zur Wehr. Auch von der Opposition wurde Schmiedel heftig kritisiert.

Ende DPoIG-ID Nr. 11/2013